

Studierendenparlament
Students' Parliament

Julius Kröger
Präsident des 71. Studierenden-
parlaments

c/o AStA der RWTH Aachen
Pontwall 3
52062 Aachen
GERMANY

Telefon: +49 241 80-93778
Mobil:

jkroeger@stud.rwth-aachen.de

Mein Zeichen: jkr
06.12.2023

Sehr geehrte Mitglieder des Studierendenparlaments,

folgendes wurde auf der Hochschulvollversammlung beschlossen:

Das Studierendenparlament möge beschließen:

„Wir, die Studierendenschaft der RWTH, fordern ein Schluss mit prekärer Wissenschaft!

Es ist inakzeptabel, dass trotz Inflation der Lohn für HiWis und Tutoren immer noch bei rund 12 Euro liegt. Viele Studierende sind jetzt mehr denn je auf diese Einkünfte angewiesen und es ist an der Zeit, ihre Arbeit fair zu entlohnen. Außerdem sind die jahrelange Kettenbefristung und die Nichteinhaltung von arbeitsrechtlichen Mindeststandards keine Ausnahme, sondern die Regel. Diese Unsicherheit beeinträchtigt nicht nur die Lebensqualität von uns Studierenden, sondern auch die Qualität der Forschung und Lehre an der RWTH sowie bundesweit.

Die Forderungen des bundesweiten Hochschulaktionstag sind unsere Forderungen!

Eine echte Reform des WissZeitVG:

Es bedarf einer echten Reform des WissZeitVG zur Schaffung planbarer Karriereperspektiven und verbesserten Arbeitsbedingungen an Hochschulen und Forschungseinrichtungen.

Ausfinanzierung:

Unterfinanzierte Hochschulen und sozial ungerechtes Bildungssystem sind maßgebliche Faktoren für prekäre Verhältnisse - unter Beschäftigten ebenso wie für uns Studierende. Dies soll sich ändern!

TVStud:

Wir wollen einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigten nach den Forderungen von TVStud, insbesondere:

- Existenzsichernde Löhne: Ein Stundenlohn von 16,50€ ist das Min-

USt-Identifikationsnummer
DE 121 689 823

Steuernummer
201/5930/5005

Studierendenschaft der RWTH Aachen
Sparkasse Aachen
Konto 16 00 11 33
BLZ 390 500 00
SWIFT-BIC: AACSD33XXX
IBAN: DE91 3905 0000 0016 0011 33
1/2

deste, um bei steigenden Mieten, sowie Lebensmittel- und Energiepreisen den Lebensunterhalt zu sichern.

- Mindestlaufzeiten von 24 Monaten: Die Unsicherheit durch Kettenbefristungen muss ein Ende haben. Statt diesen sollten lange Laufzeiten die Regel sein, Abweichungen von diesen sollten sachlich begründet werden müssen.
- Sicherstellung der Einhaltung von arbeitsrechtlichen Mindeststandards: Die Einhaltung von Urlaubsansprüchen oder Regelungen zur Krankmeldung ist dabei durch Arbeitgeber*innen sicherzustellen und liegt nicht in der individuellen Verantwortung, der studentisch Beschäftigten!
- Mitsprache im Personalrat: Alle studentischen Beschäftigten sollen eine Stimme haben, um ihre Interessen zu vertreten. Demokratische Teilhabe in Personalräten darf uns nicht ausschließen.

Wir unterstützen zur Durchsetzung dieser Forderungen das Streiksemester ws23 und werden zusammen mit Gewerkschaften und Initiativen dafür kämpfen!”

Mit freundlichen Grüßen

Julius Kröger

Präsident des 71. Studierendenparlaments